

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einseht. Trägerschein monatlich 2,00 RM. Familienabonnement 2,00 RM. Einzelnummer 10 Pf. außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: Die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., die 20 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachfolgend nach Maßgabe I oder II. Preisgebühren für Bilderanzeigen 30 Pf. auf 100. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 6 gültig.

Verlag: Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Dreibertel Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981-27983 • Zeitung: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Dittowstraße 4a; Fernruf: Rurführ 9361-9366

Nr. 145

Donnerstag, 24. Juni 1937

45. Jahrgang

Deutschlands Ausscheiden aus der Seefontrolle

Die Antwort der Reichsregierung auf das Verlangen der europäischen Solidarität durch das Verhalten Englands und Frankreichs

Der Führer kommt

Die Landesstelle Sachsen des Reichsministeriums für Volkserziehung und Propaganda teilt mit:

Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler wird am 25. Juni bei der Eröffnung der Reichsautobahnstrecke Dresden-Meerane anwesend sein.

Der Gouverneur und Reichsstatthalter in Sachsen, Martin Rutschmann, hat folgenden Aufruf erlassen:

Anlässlich der Eröffnung der 100-Kilometer-Strecke der Reichsautobahn Dresden-Meerane legen die Stadt Dresden sowie die an der Strecke liegenden Städte und Ortschaften am 25. Juni Haggenstumpf an.

Die Mitteilung an London

× Berlin, 24. Juni

Der Botschafter v. Ribbentrop ist beauftragt worden, den im Kontrollausschuss in London vertretenen Regierungen folgende Mitteilung zu machen:

„Die Reichsregierung hat nach Bekanntwerden der Angriffe auf den Kreuzer „Leipzig“ am 15. und 18. Juni d. J. alsbald den andern an der Seefontrolle in den spanischen Gewässern beteiligten Mächten mitgeteilt, daß sie nicht gewillt sei, ihre mit einer internationalen Aufgabe betrauten Seestreitkräfte weiteren Schicksalsversuchen Spaniens auszuliefern. Sie hat sich hinsichtlich der von ihr zu fordernden Garantien für die Sicherheit ihrer Schiffe auf ein Minimum beschränkt, nämlich auf eine sofort auszuführende Flotten-

demonstration der vier Kontrollmächte, um auf diese Weise eine deutlich sichtbare solidarische Warnung zum Ausdruck zu bringen. Da die englische und französische Regierung sich nicht einmal zu dieser Minimalforderung haben bereitfinden lassen, muß die deutsche Regierung zu ihrem Bestauern feststellen, daß es an derjenigen Solidarität der Kontrollmächte fehlt, die für die Durchführung der gemeinsam übernommenen internationalen Aufgabe die unerlässliche Voraussetzung bildet. Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, sich endgültig aus dem Kontrollsystem zurückzuziehen.“

Die Königlich-italienische Regierung hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß sie sich dem Vorgehen anschließt und sich ebenfalls aus dem Kontrollsystem zurückzieht.

Der Eindruck des deutschen Schrittes

Eine Erklärung Ebenh im Unterhaus — London stellt Entspannung fest

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 24. Juni

Botschafter v. Ribbentrop, der sich heute für mehrere Tage nach Berlin begeben hat, gehtern im Foreign Office die deutsche Note überreichte, in der die Reichsregierung ihr endgültiges Ausscheiden aus dem Kontrollsystem mitteilt. Es hatte erklärt, daß dies nicht den Rücktritt Deutschlands aus dem Nichteinmischungsausschuss bedeute.

Kuch der Reichsregierung teilte, wie Außenminister Eden im Unterhaus bekanntgab, gestern dem englischen Botschafter in Berlin, der ihn ausföhrlich batte, mit, daß die deutsche Regierung bedauere, daß es nicht möglich gewesen sei, zu einer Vereinbarung zu kommen, und sie sich deshalb verpflichtet fühlte, ihre Schiffe wödlig von dem Kontrollsystem zurückzuziehen. Ribbentrop fügte hinzu, dieser Schritt sei mit der Befürchtung nicht zu verbinden, die Möglichkeit einer Verschärfung der Lage zu verhindern, und die deutsche Regierung werde sich auf diesen Schritt beschränken. Eden bemerkte hierauf, die englische Regierung erkenne gern die Bemerkungen an, die dieser Verschiebung auszurunde läßen, und bedauere sie. In der englischen Presse herrscht die Auffassung vor, daß eine

Entspannung

eingetreten sei. Man glaubt, daß das Verbleiben Deutschlands und Italiens im Nichteinmischungsausschuss die Möglichkeit für eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit bieten werde. Bissell wird versucht, die durch die Angriffe auf die „Leipzig“ hervorgerufene Entwicklung mit andern politischen Fragen in Zusammenhang zu bringen und an der deutschen Politik seit dem „Leipzig“-Zwischenfall Kritik zu üben. Diese Kritik ist in der liberalen und marxistischen Presse in teilweise recht heftige Angriffe gegen Deutschland aus. Die „Times“ sagen, die Bedeutung der deutschen Flottenbewegung im Mittelmeer sei noch nicht klar. Es sei aber richtig, wenn man irgendwelche Auslegung ablehne, die nicht mit den ausdrücklichen deutschen Erklärungen im Einklang stünde. Die deutsche Erklärung müsse als Hauptteil werden von allen denjenigen, die die Ge-

fahren abwägen könnten, die sich durch eine heftige Trennung von dem Nichteinmischungssystem trachten könnten. „Daily Telegraph“ schreibt, die internationale Spannung habe sich durch den deutschen und italienischen Beschluß, sich mit der Zurückziehung der Schiffe von der Seefontrolle zu begnügen, verringert. Man könne die Einstellung der Mitarbeit am Kontrollplan bewahren und gleichzeitig anerkennen, daß in Berlin und Rom die Möglichkeit gegeben habe. Das Blatt weist dann auf die Erklärung Deutschlands und Italiens hin, daß die Kontrollmächte es an dem Geist der Solidarität hätten fehlen lassen. Nachdem jetzt der „Deutschland“- und „Leipzig“-Zwischenfall abgeschlossen betrachtet werden könne, die die weitere Anwesenheit Deutschlands und Italiens im Nichteinmischungsausschuss.

So meint das Blatt, die Gelegenheit zur Erzielung der Solidarität. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt, die amtliche englische Stellungnahme zu der gestrigen Entwicklung sei mit vorsichtiger Zurückhaltung abgefaßt worden. In London habe man wohl verstanden, daß der Führer sehr entrüstet gewesen sei, als er von dem Angriff auf ein deutsches Kriegsschiff unterrichtet wurde. Auf eine Anfrage im Unterhaus über eine etwaige

Anerkennung der spanischen Nationalregierung als führende Partei

erklärte Eden, daß er eine diesbezügliche Anfrage von der Regierung in Salamanca bekommen habe. Diese Note werde augenblicklich geprüft, doch sei eine Anerkennung als kriegsführende Partei, ohne dabei die nationale Erhebung anzuerkennen, so schwierig, daß es für besser halte, darüber noch nicht zu debattieren. Er hat den Augenblick für eine Mitteilung, daß eine sofortige Veränderung in der britischen Politik gegenüber Franco nicht beabsichtigt sei. Wogen wird eine große außenpolitische Aussprache im Unterhaus erfolgen, bei der mit einer eingehenden Erklärung Edens zu rechnen ist, der gestern eine einhändige Erklärung bei Ramsay George batte, während das englische Parlament um die Mittagsstunde zusammengesetzt war.

Antwort auf die rote Seeräubererei

Telegramm unseres Korrespondenten

× Rom, 24. Juni

Nachdem gestern amtlich mitgeteilt worden ist, daß die italienische Regierung sich, wie die Reichsregierung, endgültig vom Kontrollsystem zurückzieht, so hat die Erklärung anläßlich der Verhaftung der spanischen Seeräuber in London das Gefühl der nationalen Solidarität für ein gemeinsames Vorgehen bei der Bekämpfung der Seeräubererei geschaffen. Es wird nun von amtlicher Seite angekündigt, daß auch Italien im Nichteinmischungsausschuss bleiben wird. Ferner wird amtlich verkündet, daß die italienischen Seeräuber in den spanischen Gewässern verbleiben werden, um die wichtigen Handelsinteressen Italiens im Mittelmeer zu schützen und sie werden

jeden neuen Überfall der roten Piraten nach eigenem Ermessen mit eigenen Mitteln zurückweisen.

In der italienischen Presse kommt allgemein die neue Behauptung des deutsch-italienischen Einvernehmens zum Ausdruck, die sich wieder in der Gemeinschaft der Mittelmeerraum mit dem Kontrollsystem gezeigt hat. Alle Forderungen betonen, daß die deutschen Forderungen durchaus beschließen getroffen seien.

Der Beschluß Italiens, festzulegen, sei eine würdige und notwendige Antwort auf die sowjetische Seeräubererei. Er zeige die entschlossene Bereitschaft, die eine Großmacht gegenüber den Gefahren und Zweideutigkeiten, die man in Spanien und Europa schaffen wollte, haben und zeigen müsse. Deshalb sei es auch eine neue verantwortungsbewusste Maßnahme zum Schutze der Güter Europas und ein neuer Akt der Solidarität, die Italien dem befreundeten Deutschland bei der ihm angelegenen unbedenklichen Befolgung zum Ausdruck bringen wolle.

Deutschlands Spanien-Politik

Diese Vorgänge verpflichten und, so bemerkt das Deutsche Nachrichtenbüro hierzu ergänzend, zu folgenden grundsätzlichen Stellungnahmen:

1. Das Deutsche Reich hat — zum Unterschied anderer Völker und Staaten — weder früher noch jetzt mit dem spanischen Volk Differenzen, die in irgendwelchen territorialen oder sonstigen besonderen politischen deutschen Absichten begründet liegen. Deutschland hat daher — ebenfalls zum Unterschied von andern Staaten — an keiner der geschichtlichen Verhandlungen Spaniens teilgenommen. Dies gilt auch für die heutige Zeit, in der das deutsche Volk im tiefsten Mitleid mit dem Leid der spanischen Völker verbleibt, das uns Deutschen — aus ähnlichen Erfahrungen — selbst nicht unbekannt ist. Die Aufgabe von Moskau organisierter und begabter Verbrecherelite, die in Deutschland 14 Jahrzehnte lang verhaftet hat, den Volkswidrigsten Herdelschüren und damit unfer blühendes Land in ein Ruinenfeld zu verwandeln, demüht sich seit Jahren, auch Spanien zu zerstören. Die Art der Verbrechen und Taten kennen wir. Hunderttausende abgeschlachtete Männer, Frauen und Kinder sind die Blutzengen dieser bolschewistischen Bestätigung.

Dabei stehen in diesem Kampf des nationalen Spaniens gegen seine Moskauer Unterdrücker und Zerstörer die Sympathien des deutschen Volkes und damit auch seiner Führer eindeutig auf Seiten der in Spanien von den Moskauer organisierten Banden gehalten Bevölkerung des nationalen Spaniens.

Nur ein einziges Interesse

Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben dabei nur ein Interesse, das ein wahrhaft unabhängiges und freies Spanien wiederherstellen und das es ihm gelingen möge, die schweren Wunden, die der bolschewistische Bürgerkrieg geschlagen hat, wieder zu heilen.

Darüber hinaus hat Deutschland dann allerdings auch den verständlichen Wunsch, mit diesem nationalgeordneten, freien und unabhängigen Spanien alle jene kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu pflegen, die nicht nur den Interessen dieser beiden Völker dienen, sondern die auch im höheren Sinne der internationalen Zusammenarbeit und Wohlfahrt nützlich sind. Ueberhaupt sind sich das deutsche Volk und seine Regierung darüber im Klaren, daß es in Europa nur entweder ein System unabhängiger freier Nationalstaaten oder ein kommunistisches politisches und damit auch wirtschaftliches Chaos geben kann. Deutschland ist daher der Ueberzeugung, daß es eine Pflicht aller europäischen Staaten wäre, gemeinsam gegen die von Moskau ausgehenden Veruche Stellung zu nehmen, die beschließen, das System dieser freien und unabhängigen Nationalstaaten zu zerstören, um an ihre Stelle ein von Revolutionen erschüttertes und von Moskau aus tyrannisiertes internationales Chaos zu setzen. Und dies ist das Entschiedenste:

Nicht das nationalsozialistische Deutschland beschließt oder verfaßt sich Spanien eine Forderung des Deutschen Reiches oder eines Band der nationalsozialistischen Bewegung zu machen, sondern das bolschewistische Moskau bemüht sich wie überdies, so auch und Spanien eine Götze der Romantiker zu machen! Dies zu verhindern, läßt aber ebenso im

Interesse Europas, ja der Welt, wie es natürlich auch im Interesse Deutschlands liegt.

Alle andern Behauptungen, über besondere Absichten Deutschlands in Bezug auf Spanien, Marokko oder dessen sonstigen kolonialen Besitz sind von den Helferhelfern und den leider besonders in unsern westlichen Staaten lebenden Freunden der Bolschewisten erfundene Lügen.

Die Nichteinmischung

2. Deutschland hat daher, von diesen Auffassungen geleitet, von Anfang an versucht, dahin zu wirken, daß die behaverliche innerspanische Auseinandersetzung ausschließlich Angelegenheit der Spanier selbst sein müßte. Das heißt, Deutschland hat genau so wie Italien gleich zu Beginn der spanischen Krise gegen jeden Versuch einer politischen, finanziellen, militärischen oder sonstigen Einmischung Stellung genommen. Gerade diese Auffassung aber wurde von den demokratischen und bolschewistischen Staaten abgelehnt. Sie begannen freiwillig anzukommen, sie veranlaßten Gefährdungen, sie lieferten Kriegsmaterialien, und vor allem von ihnen kamen die Agenten, Infiltrateure und Verbreiter der bolschewistischen Schlägertruppen.

Und erst als sich im Verlauf der Entwicklung trotzdem — wie es nicht anders zu erwarten — das nationale und damit allein wahrhaft unabhängige Spanien gegenüber dem von Moskau und seinen Freunden organisierten und militärisch ausgehaltenen bolschewistischen Verbrechertum durchzusetzen begann, wußte das Interesse auch in gewissen Kreisen der demokratischen Staaten für eine Aufnahme, der deutschen und italienischen Ideen für eine wirkliche Nichteinmischung in eben dem Maße, in dem man zu staunen schien, dadurch der nationalen Seite Mißbrauch tun und der bolschewistischen Brandstiftung Vorschub leisten zu können.

3. Trotzdem hat sich Deutschland bereit erklärt, soweit eine wirklich gerechte und allseitige Nichteinmischung gewährleistet würde, an deren Herbeiführung auch jetzt noch keinen Teil beizutragen. Im Zuge dieser Behauptungen war Deutschland daher auch bereit, sich an den praktischen Maßnahmen einer Kontrolle zu beteiligen, die leider, — dies muß heute, wenigstens insoweit es sich um die Verfolgung des bolschewistischen Terrors mit Kriegsmaterialien und Freiwilligen handelt, gesagt werden — nach den gemachten Erfahrungen ohnehin erfolglos geblieben ist.

Verbrechen der Bolschewisten

4. Trotzdem wurde von den bolschewistischen Machthabern in Valencia vielmehr versucht, durch bestimmte Aktionen die den roten Teil betreffende Seefontrolle zu stören und die an ihr beteiligten Schiffe mit allen Mitteln anzugreifen. Es erfolgte im Zuge dieser Absichten unter andern der Angriff auf deutsche, englische und italienische Schiffe im Hafen von Palma. Diese italienische Offiziere sind dabei durch die Bombenangriffe der roten Piraten ums Leben gekommen.

Der Nichteinmischungsausschuss nahm diese Vorfälle zur Kenntnis, ohne sich natürlich zu irgendwelcher Entscheidung aufstellen zu können oder zu wollen.

Um den roten Machthabern in Valencia jeden Vorwand für neue Angriffe zu nehmen, zog Deutschland